

RÜDIGER GÖRNER

Brexismus oder: Verortungsversuche im Dazwischen



Universitätsverlag
WINTER
Heidelberg



BEITRÄGE
ZUR NEUEREN
LITERATURGESCHICHTE
Band 379



RÜDIGER GÖRNER

Brexismus oder: Verortungsversuche im Dazwischen

Mit einem Gespräch über das historische Exil
von Rüdiger Görner mit Jeremy Adler und Michael Krüger

Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen
von Günter Blamberger

Universitätsverlag
WINTER
Heidelberg

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Die vorliegende Publikation entstand
mit freundlicher Förderung durch das
Internationale Kolleg Morphomata
an der Universität zu Köln.
www.morphomata.uni-koeln.de

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

unter dem Förderkennzeichen
01UK1505. Die Verantwortung für
den Inhalt der Veröffentlichungen
liegt bei den Autoren.

UMSCHLAGBILD

Banksy: *Brexit* (Dover, 2017)

ISBN 978-3-8253-6853-1

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes
ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt ins-
besondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

© 2018 Universitätsverlag Winter GmbH Heidelberg
Imprimé en Allemagne · Printed in Germany
Druck: Memminger MedienCentrum, 87700 Memmingen
Gedruckt auf umweltfreundlichem, chlorfrei gebleichtem
und alterungsbeständigem Papier.

Den Verlag erreichen Sie im Internet unter:
www.winter-verlag.de

Inhalt

Dissonantes Vorspiel	9
Ketzerische Sonntagsgedanken zum EU-Referendum in Britannien	19
Kontinentalsperre. Brexit oder: Die Begehung eines Scherbenhaufens	25
»Tragischer Transport«? oder: Verortungsversuche im Dazwischen. Überlegungen zur Person des Kulturvermittlers	41
»Der Brexit ist Ausdruck eines eklatanten Mangels an politischer Bildung«	55
Illusionspolitik. Der Brexit als Offenbarungseid des ›Systems Whitehall?«	61
Brexismus. Über eine postimperiale und neonationale Vermessenheit, nebst einem musikpsychologischen Exkurs	81
Offener Epilog	97
Exilgespräch	105
Nachwort	125
Textnachweise	129

Schwere Schatten sanken durch die weißen Fensterrahmen. Im Hof rauschte ein Brunnen. Irgendwo verebbte ein Lachen. Eine Fliege kroch von Dover nach Calais.

Ellen fror. Sie riß die Landkarte von der Wand und breitete sie auf den Fußboden. Und sie faltete aus ihrem Fahrschein ein weißes Papierschiff mit einem breiten Segel in der Mitte.

Das Schiff ging von Hamburg aus in See. Das Schiff trug Kinder. Kinder, mit denen irgend etwas nicht in Ordnung war. [...] Kinder mit langen Mänteln und ganz kleinen Rucksäcken, Kinder die fliehen mußten. Keines von ihnen hatte die Erlaubnis zu bleiben und keines von ihnen hatte die Erlaubnis zu gehen.

Aus: Ilse Aichinger: *Die größere Hoffnung* (1948)

Dissonantes Vorspiel

›Denk' ich an England bei Tage oder Nacht, / bin ich um jede Art Traum gebracht – nur nicht um Alpträume. Desgleichen um jegliche Illusion.« So möchte man mit Blick auf den sich vollziehenden Brexit Heinrich Heine abwandeln, übrigens auch sein Wort aus den *Englischen Fragmenten* (1827): »Schickt einen Philosophen nach London, beileibe keinen Poeten!«, und zwar dahingehend: ›Schickt Psychoanalytiker und Psychiater nach England oder zumindest Psychotherapeuten, beileibe nicht nur Journalisten!‹ Denn Medienschaffende reichen nicht annähernd aus, um zu erklären, was sich hierzulande vor, während und nach dem EU-Referendum am 23. Juni 2016 zugetragen hat.

Was haben wir nicht an haarsträubenden Medienlügen über die Europäische Union in den beiden vergangenen Jahren auf den britischen Inseln ertragen müssen, einst gepriesen als Modellort demokratischen Bewusstseins. Die Verwilderung der politischen Kultur hat inzwischen Ausmaße erreicht, die bis dato in Britannien nicht vorstellbar waren. Da war der politische Mord an der Labour-Abgeordneten Joe Cox am 16. Juni 2016, weil sie sich für den Verbleib Britanniens in der Europäischen Union eingesetzt hatte. Morddrohungen gegen ›Abweichler‹ vom Pfad der *Brexit*-Tugend nahmen überhand, ausgelöst durch zwei gezielte Hetzkampagnen des inzwischen gefährlichsten Boulevard-Blatts, der *Daily Mail*, die auf ihrer Titelseite Parlamentsabgeordnete als »Meuterer« denunzierte, unter voller Namensnennung mit Bild, weil sie es gewagt hatten, gegen die Regierung zu stimmen. Nennen auch wir Ross und Reiter: Chris Heaton-Harris zum Beispiel, als ein *chief whip* (›Einpeitscher«) sehr einflussreicher Tory-Abgeordneter und hartgesottener *Brexit*, übrigens von 1999 bis 2009 Abgeordneter im Europa-Parlament für die East Midlands – einer Region, die unverhältnismäßig viel vom Europäischen Regionalfonds profitierte und dennoch mehrheitlich für den Brexit votierte –, dieser Chris Heaton-Harris richtete Mitte Oktober 2017 Briefe an diverse Universitätsrektoren, sie sollten die Namen jener Dozenten preisgeben, die zum Thema Brexit arbeiten. Zwar blieb entschiedener Protest gegen diese Zumutung nicht aus, die an McCarthys Hetzjagd auf Kommunisten erinnerte. Postwendend aber

meldete sich die *Daily Mail* zu Wort, die Heaton-Harris' ›Anfrage‹ begrüßte; denn Akademiker sind für die populistische Presse nun einmal unsichere Kantonisten.

Hatte man es je für möglich gehalten, dass im sogenannten Mutterland der Demokratie Verunglimpfungen und Verleumdungen des Andersdenkenden zur Tagesordnung werden könnten? Nein, es ist genug. Wer jetzt nicht Tacheles redet über die verhängnisvollen Auswirkungen des Brexit-Referendums, wer jetzt nicht Farbe bekennt, müsste seine Selbstachtung verlieren. Zu schwer wiegt das, was sich hier vor unseren Augen abspielt: die Selbstdemontage einer ganzen politischen Kultur, die einmal vorbildlich war.

Ja, entgegen aller wissenschaftlichen Gepflogenheiten ist das in diesem Band Versammelte *cum ira et studio* geschrieben. Denn wer sagt denn, dass das Erzürnen über eine Entwicklung keine analytischen Möglichkeiten freisetzt oder inspiriert. Der erste Text zu diesem Band entstand unmittelbar nach dem EU-Referendum, der letzte wurde im Sommer 2017 verfasst, im Herbst nochmals überarbeitet und im November 2017 vom Südwestrundfunk Baden-Baden ausgestrahlt. Zeitweise war ich versucht, protokollartig die Brexit-Entwicklungen aufzunehmen, knapp zu reflektieren und immer wieder zu aktualisieren, wie der Text *Illusionspolitik* in diesem Band veranschaulicht. Aber über die lange Zeit hinweg erwies sich dies weder als praktikabel noch als sinnvoll.

Die Reden, Interviews, Gespräche und Kommentare ergaben sich aus der steigenden Nachfrage nach Stellungnahmen zu dieser ›unerhörten Begebenheit‹ – zumal aus der Perspektive des Leiters einer akademischen Einrichtung, die der Erforschung der britisch-deutschen Kulturbeziehungen gilt. Im eigentlichen Sinne protokollieren sie jedoch die Wahrnehmungen eines Entsetzten, der zunächst ungläubig auf den Scherbenhaufen seiner langen englischen Träume blickte, bis es ihm aufging, dass sich im Brexit, der sich längst zu einem regelrechten Brexismus ideologisiert hat, Grundtendenzen im englisch-britischen Bewusstsein zeigten, die man zu lange gutwillig übersehen hatte.

Denn geschrieben sind diese Texte von einem Autor, der zum Stichdatum des Brexit nahezu vier Jahrzehnte auf den britischen Inseln zugebracht haben wird, der sich der Idee der konstruktiven Vermittlung zwischen den deutschsprachigen und britischen Kulturen verschrieben hat, dessen weiterer Aufenthalt als deutscher Staatsbürger in Britannien jedoch neben dem von drei Millionen EU-Bürgern nur deswegen

von der britischen Regierung thematisiert wurde, weil die EU sie dazu praktisch gezwungen hat. Allein wäre sie nicht auf die Idee gekommen, die Rechte der EU-Bürger im United Kingdom zu garantieren. Theresa May hat bis zum 11. Dezember 2017 gebraucht – also über eineinhalb Jahre nach dem Brexit-Referendum –, um diese Rechtssicherung (darf sie bereits als Garantie gelten?) in einem offenen Brief an den *Evening Standard* auszusprechen.

Überhaupt die Regierung May: Sie hat an Selbstdesavouierung mühelos überboten, was sich während der Suez-Krise von 1956 Antony Eden geleistet hatte. Zudem hat May zweimal versucht, in Fragen des Brexit das Parlament auszuhebeln, indem sie sein Zustimmungsrecht zum Aufrufen des Artikels 50 des Vertrags von Lissabon sowie seine Billigung der Verhandlungsergebnisse mit der EU anfocht. Der Zivilcourage einer Einzelperson, der Anwältin Gina Miller, und meuterner der Tory-Abgeordneter ist es zu verdanken, dass das Parlament seine Autorität nicht einbüßen musste.

Der Regierung May Fahrlässigkeit bei den Vorbereitungen zu den Brexit-Verhandlungen vorzuwerfen, einschließlich der Ungeheuerlichkeit, die irische Frage zunächst übergangen, gleichzeitig aber eine Minderheitsregierung unter zu teuer (sprich: eine Milliarde Pfund Sterling) erkaufte Tolerierung durch die nationalistische Democratic Unionist Party in Nordirland gebildet zu haben, wäre noch milde. Die Regierenden Britanniens haben sich – nach innen völlig zerstritten – bis zu dem Zeitpunkt schlicht verantwortungslos verhalten, als die EU – allen voran der EU-Chefunterhändler Michel Barnier – ihnen mehr oder weniger unsanft beibringen musste, was Sache ist.

Bedenklicher noch als die chaotische Verhandlungsführung der Briten ist jedoch etwas Anderes, nämlich die bizarre Wahnvorstellung Britanniens und vor allem Englands, zur alten Glorie des Empire zurückkehren zu können. Irrational ist und bleibt, wie Whitehall die Vorstellung nährt, wieder ganz und gar »souverän« werden zu können – und das in einer Welt voller wechselseitiger, ja existentieller Abhängigkeiten. Längst gilt es doch, die Souveränität zu besitzen, diese Abhängigkeiten nicht nur einzugestehen, sondern zu bejahen, sie wechselseitig fruchtbar zu machen, den gefährlichen Wahn vom Primat nationaler Interessenpolitik in die Vergangenheit zu versenken. Man hatte auf den britischen Inseln eben nie gelernt, nie lernen wollen, die Strukturen der EU wirklich zu nutzen, sich produktiv in sie einzubringen, Reformen anzuregen und mitzutragen, das EU-Parlament zu stärken (was eine Hauptaufgabe des

Mutterlandes der parlamentarischen Demokratie gewesen wäre!). Stattdessen gefiel man sich im Blockieren, in der planvollen Entfremdung von der EU und damit von der Idee einer konstruktiven Gemeinschaft. Kurioserweise erscheint im Nachhinein ausgerechnet Margaret Thatcher als diejenige britische Politikerin, die noch nach ihrer Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht Interesse am Wohl und Weh der EU zeigte, wobei gerade sie nie über die Vorstellung einer europäischen Wirtschaftsunion hinaus dachte. Eine Währungs- und Sozialgemeinschaft lehnte sie ebenso kategorisch ab wie eine quasi gesamtstaatliche Rechtsgemeinschaft mit einem harmonisierten Steuersystem. Hinzu kam ihre starke persönliche Antipathie gegenüber dem EU-Kommissionspräsidenten Jacques Delors. Ihr Interesse war nach 1989 primär von der Überlegung geleitet, dass Europa ein Gegengewicht zu einem sich vereinigenden Deutschland bilden könne und müsse. Nach ihrem Rücktritt im November 1990 pendelte sich die britische Regierungspolitik gegenüber (selten ›mit‹) der Europäischen Union auf einen Modus ein, der primär von innenpolitischen und innerparteilichen Rücksichtnahmen bestimmt und damit auf ein Abstandnehmen von ›Europa‹ gestimmt war, eine Haltung, die sich unter Gordon Brown und David Cameron im Vergleich zu John Major und Tony Blair eher verstärkte.

Doch um zu verstehen, auf welchem farcenhafte Niveau das Souveränitätsproblem inzwischen in Britannien abgehandelt wird, vergegenwärtige man sich, dass in der Weihnachtswoche 2017 Theresa May allen Ernstes vor dem Parlament behauptet hat, die beschlossene Wiedereinführung der königlich blauen Farbe für britische Pässe anstelle der angeblich so verhassten burgunderroten EU-Ausweise sei ein Zeichen neu gewonnener britischer Selbstbestimmung. Prompt wies Guy Verhofstadt sie darauf hin, dass es nie Vorschriften in der EU zur Farbe der Pässe gegeben habe. (Dies war ja eine der unzähligen Unwahrheiten, die von den *Brexiters* im Vorfeld des EU-Referendums verbreitet wurde.) Die Passfarbenhoheit wie jene der Fahnen sei stets Sache der Mitgliedsstaaten gewesen.

Wie kläglich, wie erbärmlich, was sich die Regierungsverantwortlichen der britischen Inseln seit dem EU-Referendum geleistet haben. Man vergegenwärtige sich allein dieses Skandalon: Erst achtzehn geschlagene Monate nach dem 23. Juni 2016 erörterte das Kabinett May *erstmal*s seine Vorstellungen davon, was es bei den Verhandlungen mit Brüssel eigentlich anstrebte und wie es um Britannien nach dem Brexit bestellt sein solle. Hat Whitehall überhaupt wahrgenommen, dass es

sich zumindest europaweit lächerlich gemacht hat durch das groteske Missmanagement der Vorbereitungen auf die Brexit-Verhandlungen?

Der britische Hochverrat am europäischen Gedanken, denn um nichts Anderes handelt es sich hier, wurde seit dem EU-Referendum von einer regierungsamtlich inszenierten Schmierkomödie begleitet, obzwar manche Kabinettsmitglieder, aber auch Oppositionspolitiker, eigentlich eine Art *Hamlet II* oder Dauerfortsetzungen von *Downton Abbey* spielen wollten, die zwischen 2010 und 2015 in sechs Staffeln und zweiundfünfzig Episoden die Welt mit Anglophile und gehobenem Kitsch hypnotisierte und ein England zeigte, das »es so nie gab«.¹ Nein, es ist nicht zu weit hergeholt: Diese Art unkritischer Selbstbespiegelung als Fortsetzungsfilm – also eine medial betriebene Autosuggestion vermeintlicher elitärer Größe – hat mit zu einer Atmosphäre beigetragen, in der das Brexit-Votum möglich wurde. Der Drehbuchautor der Serie, Julian Fellowes, wurde für diese Apotheose englischen Narzissmus zum Baron Fellowes of West Stafford erhoben, wo man standesgemäß mit über sechzig Prozent für den Brexit stimmte.

Die Spaltung im Kabinett May über die Frage, wie sich Britannien während und nach dem Brexit positionieren soll, entspricht jener im Lande. Stehen die einen für eine künftig engere Anbindung an den EU-Binnenmarkt und die Zollunion (dem Norwegischen Modell entsprechend), favorisieren die anderen nach einer Übergangsphase den Austritt aus Binnenmarkt und Zollunion, gefolgt von einem Freihandelsabkommen mit der EU (das sogenannte Kanada-Japan- und Südkorea-Modell), wobei dies keine Finanzdienstleistungen einschliesse, an denen Britannien jedoch liegt.

Aber wie das eben so ist, kaum hatte May ihren EU-Partnern Zugeständnisse hinsichtlich der irischen Binnengrenze und der Sicherung der Rechte für EU-Bürger in Britannien signalisiert, um die nächste (und voraussichtlich schwierigste) Phase der Brexit-Verhandlungen beginnen zu können, schon ließ ihr eigener Brexit-Minister, David Davis, verlauten, dass dergleichen »Zugeständnisse« nur vorläufig und als Absichtserklärungen zu werten seien. Inzwischen raunt Whitehall, dass Handelsabkommen mit Nicht-EU-Ländern, obwohl dies rechtswidrig wäre, bereits während der nächsten Phase der Brexit-Verhandlungen

1 Christian Zschke: *Reich und schön. Eine New Yorker Ausstellung zeigt Kullissen der britischen Serie »Downton Abbey«*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 16. u. 17.12.2017, S. 44.